

UNIVERSITÄT ZU KÖLN

57. STUDIERENDENPARLAMENT



Beschluss des 57. Studierendenparlaments am 06.12.2012

Solidarität mit den sächsischen Studierenden!

Der Sächsische Landtag hat die Einführung von Studiengebühren für nicht EU Bürger*innen und Langzeitstudierende beschlossen. Zudem hat er beschlossen die Mitgliedschaft in der Verfassten Studierendenschaft freizustellen. Das SP lehnt diese Beschlüsse ab, da sie die Verfasste Studierendenschaft aushöhlen sowie Nicht-EU-Bürger*innen strukturell diskriminieren und finanziell benachteiligen.

Wir solidarisieren uns mit den Studierendenschaften in Sachsen: Gebührenfreie Bildung und demokratische Partizipation für Alle.

Wir fordern vom sächsischen Landtag, die Änderung des Sächsischen Hochschulgesetzes zurückzunehmen.

Wir fordern die KMK und die HRK auf, in diesem Sinne auf ihre sächsischen Kolleg*innen einzuwirken.

Wir fordern die Verankerung von Verfassten Studierendenschaften auch in Bayern und Sachsen-Anhalt.

Das Studierendenparlament beauftragt den AStA die sächsischen Studierendenschaften bei ihren Aktivitäten zu unterstützen (wie z. B. eine bundesweite Unterschriftenkampagne für eine erneute Änderung des sächsischen Hochschulgesetzes, Kettenbriefe an die Verantwortlichen, eine Aufklärungskampagne über die Bedeutung der Verfassten Studierendenschaft und die Notwendigkeit ihres politischen Mandats).

Eingebracht von: Stefan Brackertz, Peter Förster, Agnes Kamerichs, Felix von Massenbach und Philipp Schubert.

Präsidium des Studierendenparlaments

Tobias Horn
Johanna Glaser
Bilge Gecer

Datum:
06.12.2012

c/o AStA
der Universität zu Köln
Universitätsstraße 16
50937 Köln

Telefon:
+49 (0)221/470-2993

Fax:
+49 (0)221/470-5071

E-Mail:
stupa-
praesidium@uni-
koeln.de